



YouTuber Hagen Grell ruft zum Protest gegen die Maskenpflicht auf. Screenshot: YouTube

Die neuen Wutbürger

Beim Protest gegen Corona-Einschränkungen tummeln sich Rechtsextreme, Esoteriker und Impfgegner

Die Mehrheit der Deutschen findet das Krisenmanagement von Bund und Ländern in der Summe nicht schlecht. Von denen, die anderer Meinung sind, protestieren nur wenige öffentlich – Kontaktbeschränkungen erschweren Demonstrationen deutlich. Doch mittlerweile gibt es auch solche Bilder: Die Polizisten tragen Atemschutzmasken, sie führen und ziehen protestierende Menschen von der Straße. Einige Demonstranten wehren sich und werden fortgetragen. Die Menschen skandieren: „Wir sind das Volk“ und „Grundgesetz“.

Diese Menschen, die bei teils spontanen, teils angemeldeten Kundgebungen in verschiedenen Städten gegen die Corona-Kontaktbeschränkungen protestieren, sind eine bunte Truppe: linksalternativ geprägte Impfgegner, Esoteriker, Rechtsextremisten, durch Fake News angestachelte Verschwörungstheoretiker und biedere ältere Wutbürger. In Berlin dabei ist auch eine Gruppe „Rote Fahne“, die auf den kommunistischen Widerstandskämpfer Ernst Thälmann verweist und Atemschutzmasken mit Hakenkreuzen abbildet. Wegen eines „völlig irrsinnigen Coronavirus“ sei die Verfassung außer Kraft gesetzt, sagt ein Mann.

Umgeben war er am vergangenen Samstag von einigen Hundert Demonstranten auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte. Die Corona-Abstandsregeln spielten dabei kaum eine Rolle, recht dicht standen die Menschen, auch als eine Polizistin über Lautsprecher immer wieder sagte: „Zum Schutz Ihrer Gesundheit und Ihrer Mitmenschen fordert Sie die Polizei dazu auf, sich auf direktem Wege nach Hause zu begeben.“

Die Proteste der Gegner der Schutzmaßnahmen gegen die Aus-

breitung des Coronavirus speisen sich aus sehr unterschiedlichen ideologischen Quellen, heißt es aus den Sicherheitsbehörden. Einige Veranstalter sprechen selbst von einer „Querfront“. Das Berliner Bündnis gegen Rechts warnt mit Blick auf Akteure der Neuen Rechten und „verurteilte Holocaustleugner“ unter den Demonstranten: „Wer mit diesen Menschen demonstriert, macht ihre Inhalte nicht nur salonfähig, sondern trägt sie mit.“

Eine bundesweite Koordinierung der Proteste gibt es – bisher – nicht. Zu den wahlweise rechtsradikalen oder antikapitalistischen Ver-

schwörungserzählungen, die rund um die Lungenkrankheit Covid-19 entstanden sind, gehören etwa Theorien, die den Microsoft-Gründer Bill Gates zum Feindbild stilisieren. Der Softwaremilliardär und seine Ehefrau unterstützen über ihre Stiftung medizinische Forschung und Impfkampagnen in Entwicklungsländern. In einem aktuellen Corona-Sicherheitslagebild der Bundesregierung heißt es: „EUweit gibt es einen Anstieg von Fehlinformationen in Form koordinierter Kampagnen.“

Die Kundgebung in Berlin-Mitte am vergangenen Wochenende war die bislang größte Veranstaltung.

Unter den Teilnehmern waren nach Erkenntnissen der Behörden auch einzelne Menschen, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Von Rechtsextremen angemeldet wurden bisher nur zwei Kundgebungen in der sächsischen Stadt Chemnitz. Die erste Veranstaltung der rechtsextremen Vereinigung Pro Chemnitz am vergangenen Montag, die für 15 Teilnehmer mit Mundschutz genehmigt war, wurde auch vom sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Peter Schreiber unterstützt. Um die kleine Kundgebung herum bewegten sich laut Polizei etwa 300 weitere Menschen, die durch Transparente

und Slogans Pro Chemnitz unterstützten. Am Freitagabend wollte Pro Chemnitz erneut demonstrieren. Ein Verwaltungsgericht legte noch strengere Regeln fest. Weitere regionale Schwerpunkte der noch kleinen, aber wachsenden Proteste gegen die Anti-Corona-Regeln sind Baden-Württemberg und Hessen. So protestierten einmal etwa 150 Menschen in Stuttgart. In Darmstadt versammelten sich rund 40 Demonstranten.

Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete und Obmann im Innenausschuss, Armin Schuster (CDU), kann Bürger, die jetzt befürchten, „der Staat würde

hier übergriffen“, nicht verstehen. Diese hätten wohl die Bedrohung durch die Pandemie nicht richtig verstanden, sagt er. Wie realitätsfern diese Ängste seien, zeige die nun schon Wochen andauernde Debatte über eine Corona-Warn-App. Während die Bundesregierung bemüht sei, möglichst alle Datenschutzvorgaben und Anforderungen an die Sicherheit zu erfüllen, polemisierten einige über angebliche Überwachungspläne des Staates.

Wo Kontaktbeschränkungen gelten, seien Demonstrationen prinzipiell nicht erlaubt, dachten sich einige Kommunen in den ersten Wochen der Corona-Krise. Doch so einfach ist es nicht, wie jetzt mehrere Gerichtsurteile zu Versammlungsverboten zeigen. Wohl auch deshalb denkt man in der Bundesregierung inzwischen darüber nach, ob eine bundesweit einheitliche Regelung, die kleine Kundgebungen mit Auflagen zu Hygiene und Abstand erlaubt, nicht sinnvoll wäre. Da das Versammlungsrecht aber Ländersache ist, würde das Corona-Krisenkabinett wahrscheinlich dazu nur einen Vorschlag erarbeiten, der dann mit den Ministerpräsidenten besprochen wird.

In Berlin sind Demonstrationen an einem festen Ort mit höchstens 50 Teilnehmern künftig grundsätzlich erlaubt, wenn der Mindestabstand und die Hygieneregeln eingehalten werden. Das gilt allerdings erst ab dem 4. Mai. Trotzdem wollen auch an diesem Samstag und am 1. Mai zahlreiche Menschen gegen die Kontaktbeschränkungen protestieren. Erneut ist der Rosa-Luxemburg-Platz am traditionsreichen Theater Volksbühne der Treffpunkt, wie die Veranstalter schreiben. **Anne-Beatrice Clasmann/Andreas Rabenstein**

Kommentar

Wer mutet da wohl wem was zu?

Als wären mehr als fünfeinhalbtausend Tote allein bei uns in Deutschland und weltweit bald 200 000 noch nicht genug. Mit welcher Ignoranz und Verblendung manche Zeitgenossen die größte Pandemie seit der Spanischen Grippe negieren und unter dem Fähnchen von Freiheit und Menschenrechten Tatsachen ignorieren, ist angesichts des Leids und des Leidens, das Covid-19 über die Menschheit bringt, kaum zu ertragen. Aber diese „Querfront“ wächst: Von der ganz rechten bis zur ganz linken Ecke des politischen Spektrums formiert sich ein Widerstand, der – teils genährt von abstrusen Verschwörungstheorien – bei immer mehr „Wutbürgern“ verfangt.

Keine Frage, diese Pandemie, ja auch dieser sie bekämpfende Staat, mutet uns in diesen Tagen mehr zu, als alle nach dem Krieg Geborenen vermutlich je erlebt haben oder sich

hätten vorstellen können. Ja, das Regierungshandeln im Bund und in den Ländern lotet den demokratisch legitimen Spielraum bis knapp über die Schmerzgrenze aus und offenbart gleichzeitig ein teils desaströses Bild konzertierten Vorgehens (nicht aber Versagens) im Kampf gegen das Virus.

Klar ist auch: Es macht einen Unterschied, ob ich mit vier Kleinkindern über Wochen in der winzigen Wohnung einer „Platte“ in Berlin-Marzahn quasi „gefangen“ gehalten bin oder hierzulande mit Familie die weiten Wanderwege von Eifel, Hunsrück oder Westerwald bei traumhaft schönem Frühlingswetter in einer Art Corona-Urlaub genießen kann.

Und dennoch: Die überwiegend zu Unrecht gescholtenen Regeln, die



Peter Burger über Ignoranz in der Krise

uns der Staat (das sind übrigens wir selbst!) aufbürdet, verfehlen offenbar nicht ihren Zweck. Zumindest lassen sie die Zahlen der Neuinfektionen spürbar sinken. Bislang! Denn offenbar ist die Sorge nicht nur der Politik, sondern auch der Experten im Gesundheitswesen hoch, eine zu „forsche“ Lockerung könnte Dämme brechen lassen.

Diese Sorge ist nicht unberechtigt angesichts der zu beobachtenden Verhaltensweisen in Supermärkten, Einkaufsstrassen oder beim gemütlichen Grillabend in der Nachbarschaft. Der mündige Staatsbürger ist am Ende gar nicht so mündig und selbstständig wie uns manche Corona-Protestler weismachen wollen.

Dieser Eindruck verstärkt sich beim Blick in die „sozialen“ Netzwerke: Da ist zum einen die großartige

Welle der Sympathie für alle, die in diesen Tagen Übermenschliches leisten, jeder an seiner Stelle, ob im Beruf oder im Ehrenamt. Und da ist das andere Lager: die Hetzer und Stänkerer, die Besserwisser und Verschwörungstheoretiker, die vergessen, dass ihnen dieser Staat auch in einer solchen Ausnahmesituation wie dieser selbstverständlich das Recht auf ihre freie Meinungsäußerung einräumt, egal, wie abstrus sie sein mag.

Was mögen Einsatzkräfte von Polizei, Ordnungsämtern und Rettungsdiensten denken, die – ebenso selbstverständlich – auch Kundgebungen gegen die Corona-Beschränkungen begleiten und denen Demonstranten mit einem Abstand bewusst unter 1,50 Meter vor die Augen treten? Ich möchte nicht mit ihnen tauschen.

E-Mail: peter.burger@rhein-zeitung.net

Akzeptanz der Maßnahmen sinkt weiter

Angst, sich in der Öffentlichkeit anzustecken, schwindet – Bevölkerung ist zu finanziellen Einbußen bereit

In der vergangenen Woche ist die Akzeptanz der Maßnahmen, um die Corona-Pandemie einzudämmen, bei den Deutschen generell gesunken. Das betrifft allerdings nicht das Tragen von Schutzmasken in der Öffentlichkeit, das ab Montag deutschlandweit Pflicht ist. Bemerkenswert ist, dass rund die Hälfte bereit wäre, auf einen kleinen Prozentsatz des Haushaltseinkommens zu verzichten, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Onlineumfrage unter 1000 Bürgern vom 21.

und 22. April, deren Ergebnisse unserer Zeitung vorliegen. An dem Projekt der Uni Erfurt beteiligen sich unter anderem das Robert Koch-Institut und das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin. Das sind wesentliche Aussagen:

1 Gesundheitsversorgung: 10 Prozent der Befragten berichten, dass sie in den vergangenen vier Wochen Probleme hatten, medizinisch versorgt zu werden, etwa weil geplante Behandlungen verschoben wurden. 34 Prozent geben an, dass sich durch diese Ein-

schränkungen ihr Gesundheitszustand verschlechtert hat. Die Sorge um die Überlastung des Gesundheitssystems geht allerdings eher zurück.

2 Tracing-App: Die sogenannte Corona-App, die derzeit datenschutzrechtlich geprüft wird, ist eine mögliche Gefahrenquelle für das Vertrauen der Bevölkerung in RKI und Bundesregierung, schreiben die Forscher. Zwar geben 81 Prozent der Befragten (plus 4 Prozentpunkte) an, schon etwas von einer solchen App gehört zu haben,

die Ablehnung steigt allerdings auf 22 Prozent (plus 4,5 Punkte), und nur noch 49 Prozent (minus 4 Punkte) würden eine solche App nutzen. Die Forscher raten der Politik dazu, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Einführung der Tracing-App nicht zum Vertrauensverlust führt.

3 Maske tragen: 34 Prozent der Befragten gaben an, in der Öffentlichkeit bereits jetzt eine Schutzmaske zu tragen – 10 Prozentpunkte mehr als in der Woche zuvor. Am häufigsten werden

Stoffmasken getragen, die nicht den Träger, dafür aber andere schützen. Problematisch ist laut den Forschern, dass zu wenig bekannt ist, dass FFP2-Masken mit Ventil zwar den Träger, nicht aber das Umfeld schützen. Das müsse stärker kommuniziert werden.

4 Corona, Europa und die Welt: Generell ist die Bereitschaft da, andere Länder im Kampf gegen Corona zu unterstützen. 10 Prozent der Befragten geben an, bereits gespendet zu haben, 28 Prozent sind (eher) bereit zu spenden, um zur

Corona-Bewältigung in anderen Ländern beizutragen. Ein Großteil befürwortet eine größere Unterstützung für Entwicklungsländer.

Auch in Deutschland ist die Sorge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer werden könnte, nach wie vor hoch. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist bereit, für die Bekämpfung des Virus Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen: Fast die Hälfte der Befragten würden auf 1 bis 5 Prozent des Haushaltseinkommens verzichten. 35 Prozent sehen hier für sich eher keinen Spielraum. **hoh**